

Blick nach Osteuropa

Seit 2014 der Konflikt um die Ukraine kriegerische Form annahm, steht wieder eine mit Waffen bewehrte Trennlinie zwischen Mittel- und Osteuropa. Ihr galt die Aufmerksamkeit des diesjährigen «Bodenseekongresses».

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Den Anlass richten jeweils sicherheitspolitische Organisationen der drei Anrainerstaaten im Wechsel aus. Am 5. Mai analysierte je ein Referent aus der Schweiz, Österreich und Deutschland die Lage im Osten. Da der Anlass in Bregenz stattfand, kam die Grussadresse von dem seit April in der Vorarlberger Landesregierung für die Sicherheit zuständigen Landesrat Christian Gantner von der Österreichischen Volkspartei. Er hob den jüngst vollzogenen Kurswechsel der österreichischen Sicherheitspolitik hervor, bedauerte, dass frühere österreichische Regierungen ihr Bundesheer zu einem «Katastrophenhilfskorps» degradierten, und bekannte sich zu der vor kurzem in Wien vollzogenen politischen Wende.

Drei Impulsreferate von promovierten Historikern schafften den Einstieg ins Thema, ehe ein Podium und die Publikumsdiskussion die vorgetragenen Thesen vertieften. Botschafter Thomas Greminger beleuchtete «Die politische Lage». Der Schweizer Generalstabsoffizier wirkt seit 2017 als Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), und das bestimmte seine persönliche Analyse. Der österreichische Oberst des Generalstabdienstes Peter Hofer, seines Zeichens Referatsleiter und Forscher im Kommando der Landstreitkräfte, fasste «Die wirtschaftlich-strategische Lage» ins Auge, steuerte viel historisch und methodisch Wissenswertes bei. Der deutsche Brigadegeneral Erich Vad, der bis 2013 im Kanzleramt als Berater diente, skizzierte «Die militärisch-strategische Lage».

Die OSZE im Brennpunkt Ukraine

Mit 57 Teilnehmerstaaten, ganz Europa samt der Türkei, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den USA und Kanada bildet die OSZE das regional grösste Gesprächsforum. Entstanden aus der 1975 verabschiedeten «Schlussakte von Helsinki» der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vertritt sie einen umfassenden Sicherheitsbegriff und betreibt mit einem vielfältigen Instrumentarium Konfliktmanagement, – nun eben vor allem in der Ukraine.

Dank 800 Beobachtern wirkt sie beruhigend in dem Gebietsstreifen zum Donbass und an zwei Grenzübergängen zu Russland. Weil der Konflikt immer wieder aufflammt, ersetzen neuerdings Drohnen das menschliche Auge, wo Personal einer zu hohen Gefahr ausgesetzt wäre.

Hinzu kommt die laufende Vermittlung in der «Minsker Kontaktgruppe», die den 2015 in der weissrussischen Hauptstadt bekräftigten, aber immer wieder gebrochenen Waffenstillstand stützen soll. Eine auf Betreiben Russlands gegründete «interparlamentarische Kontaktgruppe» ver-

stärkt dieses Bemühen.

Eine von beiden Seiten geforderte robustere UNO-Mission zeichnet sich nicht ab, weil die Mitglieder des dafür zuständigen Sicherheitsrates einander mit ge-

gensätzlichen Vorstellungen vom Auftrag blockieren. Unterdessen sind trotz Waffenstillstands immer wieder Tote und Verletzte zu beklagen.

Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht.

Der politische Prozess geriet in eine Sackgasse. Die vorhandenen Foren zementieren nur das Zerwürfnis. Einen Fortschritt erhofft sich Greminger allenfalls von einem informellen, aber strukturierten Dialog.

So viele Ressourcen der mottende Ukraine-konflikt auch bindet –, die OSZE hält noch mehr Mittel der Konfliktbewältigung bereit: Dazu zählen ein Beauftragter für Medienfreiheit, ein Hoher Kommissar für nationale Min-

derheiten, von Zeit zu Zeit «KVAE-Beobachter» zum vertrauensbildenden Überwachen militärischer Aktivitäten der Mitgliedsstaaten. Ferner unterstützt sie die Rechtsfortbildung in den Bereichen Verfassung, Demokratie und Menschenrechte. Sodann stellt sie Wahlbeobachter.

Neben der Ukraine fordern immer wieder weitere Brennpunkte Aufmerksamkeit. Seit 2005 ist in der Moldau der Streit um das abtrünnige Transnistrien eingefroren, aber nicht entschärft. Neu kümmert sich die OSZE wieder um Weissrussland, wo es aktuell gefährlichen Raketentreibstoff zu entsorgen gilt und die Menschenrechtslage Bedenken ruft.

Die absehbare Entwicklung reizt wenig zu Optimismus. Die Dialogbereitschaft schwindet, Misstrauen nimmt überhand. Man streitet über die Interpretation der Geschichte, und so währen die Gesprächsrunden länger, wirken indessen immer inhaltsleerer. Dabei gibt es keine Alternative zur Zusammenarbeit.



Schweizer Botschafter Dr. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE.

Bilder: Autor



Brigadegeneral der Bundeswehr aD Dr. Erich Vad, vormals Berater der Bundeskanzlerin.

Erkenntnisse für die Schweiz?

Wir haben uns seit 1990 daran gewöhnt, dass die Gewissheiten schwinden. 2014 könnte in die Geschichte eingehen, weil plötzlich die überwunden geglaubte Machtpolitik nach Europa zurückkehrte, auf der Krim und in der übrigen Ukraine ein Konflikt entbrannte, worauf niemand gefasst war. Das schien für uns Mitteleuropäer weit weg. Zudem fühlten sich die meisten sicher, denn die NATO würde unter amerikanischer Führung sicher rechtzeitig Paroli bieten.

Und nun, vier Jahre später? Der Konflikt schwelt weiter, von einer Lösung so weit entfernt wie eh und je. Zu beunruhigen braucht er offenbar weiterhin niemanden; von Zeit zu Zeit gilt flüchtiges Bedauern wenigstens seinen Opfern. Und doch enthüllten die Analysen von Bregenz Bedenkenswertes, vorsichtig ausgedrückt:

- Die NATO hat wirklich Paroli geboten und stärkt weiterhin Polen und dem Baltikum den Rücken. Aber ihre grösste Streitmacht auf europäischem Boden, die deutsche Bundeswehr, steckt in einer tiefen Krise, die selbst Wohlmeinende an ihrer Abwehrbereitschaft ernsthaft zweifeln lässt.

- Wenn auch in Bregenz von der Trump-Administration kaum die Rede war –, die gegenwärtige amerikanische Politik und ihre Unberechenbarkeit schwebten über jeder sicherheitspolitischen Diskussion, wo immer in Europa sie stattfindet.
- Die internationale Gesprächsbereitschaft sinkt, weicht dem Streit um die Geschichte. Dieser findet nicht nur am Verhandlungstisch der OSZE statt, sondern bahnt sich seinen Weg durch die westlichen Gesellschaften. Denn nicht wenige West- und Mitteleuropäer scheinen inzwischen geneigt, Russland den mit der Besetzung der Krim begangenen Vertragsbruch nachzusehen, weil jene Halbinsel doch irgendwie zu Russland gehöre und erst noch seit Jahren einen wichtigen Teil der russischen Flotte beherbergt.
- Starren wir, starren die Verantwortlichen der europäischen Länder zu sehr nach Osten, wie es der Titel des spannenden Anlasses nahelegte? Unterdessen baut China an einer neuen «Seidenstrasse», kaufen seine Unternehmen sich auch in die europäischen Volkswirtschaften

ein. Darin sieht kaum jemand etwas Böses. Nach dem staatlichen Einfluss auf die erwähnten Unternehmen fragt keiner.

- Nur einmal fiel das Stichwort «Indien», als der von einem im Dienste der UN geleiteten Afrika-Einsatz zurückgekehrte Brigadier Beat Eberle, vormals Kommandant unserer Militärischen Sicherheit, andeutete, Indien weite seinen Einfluss auf dem «schwarzen» Kontinent beharrlich aus, nach chinesischem Vorbild, wie beizufügen wäre.

Nichts, was in Bregenz vorgetragen wurde, rechtfertigt Hektik oder gar Panik. Aber zusätzliche Vorsicht scheint doch viel eher geboten als zufriedene Blauäugigkeit. Zumindest die neutralen Länder dürfen nicht vergessen, dass sie sehr rasch ganz auf sich selber angewiesen sein können. Wehrbereitschaft tut immer noch not. Der Vergleich mag hinken, aber Österreich macht die Wende vor. Unsere Weiterentwicklung der Armee und das Projekt Air2030 weisen in die ähnliche Richtung, freilich als erste Schritte, nicht mehr und nicht weniger. ET

Immerhin bilden kleine Schritte von jeher das Kerngeschäft der OSZE und hält Greminger den Vertrauensschwund für reversibel. Denn es bieten sich mit der Terrorgefahr und der anhaltenden Fluchtwelle Inseln der Zusammenarbeit an, wo die Gemeinsamkeit der Interessen überwiegen könnte.

Insgesamt schildert Greminger eine prekäre Lage mit Hoffnungsschimmer.

Elemente der militär-strategischen Lage

Vor diesem wenig erfreulichen Hintergrund gebührt das Interesse zwingend dem sich abzeichnenden neuen «Kriegsbild», wie es Vad umreisst. Nach wie vor will niemand einfach zu den Waffen greifen, sondern möchten Aggressoren den tausendjährigen Rat des Chinesen Sun Tzu beherzigen und ohne Krieg siegen. Im Vordergrund steht zunächst «Meinungskampf», das Ringen um die Informationsdominanz. Daneben scheut man immer weniger die Rückkehr zur Machtpolitik. Mit ins Bild gehört die Tendenz, den Krieg und vor allem seine Opfer zu privatisieren, der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entziehen.

Weniger denn je gestattet die Situation, Streitkräfte nur auf bestimmte Szenarien zu trimmen. Sie müssen wieder vielseitig verwendbar werden. Das gilt namentlich für die weltweit geforderte NATO.

«Nach wie vor will niemand einfach zu den Waffen greifen, sondern möchten Aggressoren den tausendjährigen Rat des Chinesen Sun Tzu beherzigen und ohne Krieg siegen.»

Der Zusammenprall strategischer Interessen in Europas Osten rührt davon her, dass Russland in den 90er Jahren viele Vorteile genoss und im Gegenzug keine Einwände erhob, als ehemalige Sowjetrepubliken der NATO zustrebten. Die «rote Linie» erreichte diese Entwick-

lung vor dem Beitritt von Georgien und der Ukraine.

Insgesamt hält Vad die Volksrepublik China mit ihrer «Neuen Seidenstrasse» für bedeutsamer als das Machtstreben des russischen Präsidenten Putin. Vor unseren Augen betreiben die Chinesen langfristig und unaufgeregt eine effiziente Machtpolitik, nicht zuletzt durch Übernahme von Unternehmen. Dem steht Europa bisher ohne Strategie gegenüber.

Europa sollte aufmerksamer nach Süden blicken, dort wirksamen Grenzschutz betreiben, die Staaten Nordafrikas einbinden und ein Auskommen mit Russland suchen. Denn Präsident Putin will Zentralasien nicht den Chinesen überlassen.

Über Deutschlands Rolle und Lage sprach Vad eher beiläufig. Die militärische Handlungsbereitschaft seiner Heimat beurteilt er niederschmetternd. Seine Kritik gilt auch den Berührungsgängsten, die Deutschland vor der Führungsrolle zurückscheuen lassen, deren Europa dringend bedürfte. Geschichtlich bedingte Denkblockaden färben die deutsche Aussenpolitik innenpolitisch.

Richtiger Optimismus schimmerte auch bei diesem Experten kaum durch. ■